

die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das rücksichtsloseste ansgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Und wozu wurde diese Macht gebraucht? Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um daß zu säen zwischen den Klassen und zur Austreibung feiger Verleumdungen, denen nichts heilig geliebt, und die sich schließlich am Gebrühen vergreifen, was wir hienieden beüben, an der deutschen Mannesehre! Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrliebende Männer nichts mehr zu thun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen. Nein! Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung; der stehe ein für Eure Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterstandes, nicht als Sozialdemokraten. Mit solchen Vertretern des Arbeiterstandes, so viele ihrer sein mögen, werden wir gern zusammenarbeiten für des Volkes und des Landes Wohl, und wird so für Eure Zukunft gut gesorgt sein, zumal da sie natürlich fest sitzen werden auf der Königstreu, auf der Achtung vor dem Geetze und dem Staate und vor der Ehre ihrer Mitbürger und Brüder, getreu dem Schriftwort: „Fürchtet Gott, habt die Brüder lieb, ehret den König.“

Der Kaiser nimmt hier Stellung zur nächsten Reichstagswahl; er weist nebenbei die Arbeiter auf die großen Vortheile der sozialen Gesetzgebung und weiterhin darauf hin, daß für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden ist. Das letztere müssen wir ganz entschieden bestritten. Am 1. Februar dieses Jahres gab es allein in Berlin und Vororten über 77 000 Arbeitslose, außerdem über 53 000, die wegen Mangel an Arbeit verkürzte Zeit arbeiteten. Nachdem sich im Laufe des Sommers die Geschäftslage etwas gehoben hatte, ist jetzt zweifellos wieder dieselbe Anzahl Arbeitsloser und in ihrer Arbeitszeit verkränkter vorhanden. Diese 130 000 Berliner Arbeiter nebst ihren Familien haben keine gesicherte und gute Existenz, sie müssen sich aufs äußerste einschränken, ja theilweise hungern und strotzen leiden. Im übrigen Deutschland ist es nicht beyer, was durch die an anderen Orten aufgenommenen Arbeitslorenzählungen bewiesen wird.

Und was hat der Arbeiter von der sozialen Gesetzgebung? Ist sie nicht in jeder Weise unzureichend? Was hat vor Allen der früh verbrauchte größttheils Arbeiter von der Altersversicherung? Kann er etwa im Vertrauen auf diese Versicherung einem ruhigen Alter entgegensehen? Und wer bringt die Kosten für die sozialen Einrichtungen auf? Es ist durchaus keine Ueber-treibung, wenn wir sagen, daß sie auf direktem und indirektem Wege nur vom Arbeiter getragen werden. Der Unternehmer zahlt seine geringen Beiträge nur aus dem Gewinn, den ihm seine Arbeiter verdienen.

Ein Berliner Unternehmer wird wohl im Durchschnitt an Krankenkassenbeiträgen 20 Pf. und an Invaliditäts- und Unfallversicherung 15 Pf. pro Woche zahlen, also zusammen 35 Pf., ein Arbeitgeber aus kleineren Orten noch weniger, und dafür soll man so dankbar sein? Da haben die Arbeiter weit mehr Veranlassung, ihren Gewerkschaften zu danken, mit deren Hilfe es möglich war, die Löhne um einige Mark pro Woche zu erhöhen.

Die Arbeiter werden vor der Sozialdemokratie gewarnt. Die Zeit konnte dazu nicht ungeeigneter sein. Ein Arbeiter, der die Verhandlungen des Reichstages über den Zolltarif verfolgt und sieht, daß er von allen anderen Parteien verrathen und verkauft wird, daß die Sozialdemokraten die Einzigen sind, die sein Interesse vertreten, wird diese Mahnung nicht verstehen. Und so glauben wir auch, daß die Reden des Kaisers ohne Einfluß auf den Ausfall der nächsten Reichstagswahl sein werden.

Im deutschen Reichstage

haben sich in den letzten Tagen Ereignisse abgespielt, die den schärfsten Protest des ganzen deutschen Volkes herausfordern. Um den Zolltarif auszudrücken, gegen den sich die Sozialdemokraten und ein Theil der Freisinnigen im Interesse des arbeitenden Volkes entschieden wehren, ist man dazu übergegangen, die Minderheit zu vergewaltigen und sie mundtot zu machen. Diese Zollvorlage, die alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens auf das Empfindlichste berührt, soll ohne gehörige Besprechung durchgedrückt werden, um den Junkern die Möglichkeit zu geben, auf Kosten des arbeitenden Volkes ein vergnügtes Dasein zu führen. Hier kommt wieder klar zu Tage, welche Lügner die Konservativen, das Zentrum und die anderen Mehrheitsparteien sind, wenn sie sich als arbeiterfreundlich bezeichnen. Hoffentlich geben die deutschen Arbeiter bei der nächsten Reichstagswahl die richtige Antwort.

Wirthschaftliche Rundschau.

(Schluß.)

Auch im **Bankwesen** beobachten wir, wie der Schaden des Einen der Nutzen des Andern ist. Die Kleinen sind zusammengebrochen oder fristen nothdürftig ihr wirthschaftliches Dasein; die Großen streben um so machtvoller der Alleinherrschaft entgegen. Sie sind in guten Zeiten rascher gemachsen als die kapitalschwächeren Konkurrenten; die schlechten Zeiten blafen manchem Konkurrenten ganz das Lebenslicht aus und weisen dessen Kunden- und Geschäftskreis dem überlebenden Stärkeren zu, während die Krisis zugleich neue profitable „Hülfsarbeiten“ der unversehrt gebliebenen Banken nothwendig macht. Dieser Konzentrationsprozeß im Bankwesen war lange vor dem vielangestragten deutschen Börsengesetz im vollen Gange; er ist in England ohne unser Börsengesetz genau so zu beachten wie in Deutschland. Zeitweilig verblüfft er jedoch die Öffentlichkeit noch immer durch irgend einen frappanten Einzelfall.

Ein solcher liegt jetzt wieder einmal vor in der Kapitalserhöhung der Deutschen Bank in Berlin um 10 Millionen Mark. $6\frac{1}{2}$ Millionen entfallen davon auf die Erwerbung der Duisburg-Ruhrorter Bank. Die Deutsche Bank wird damit, mit insgesammt 160 Millionen Mark Aktienkapital, wieder an der Spitze aller Banken in Deutschland stehen.

Ein wahrer Riesenpolyp, der seine Fänge und Saugarme überallhin erstreckt, hat sich hier herausgebildet. Anleihen aus aller Herren Länder sind seitens des Instituts untergebracht worden. Wiener Stadtanleihe, Bosnisch-Herzegowinische Anleihe, aber auch Buenos Aires-Obigationen, Argentinier und ähnliche fragwürdige Existenzen. An Industrieerfindungen verdiente man nicht minder, wenn auch das Publikum mitunter wenig erbaute Gesichter dazu machte — so z. B., als die Aktien Kirchner & Co. im Juli 1890 mit 202 $\frac{1}{2}$ pCt. aufgelegt, dann auch noch auf zirka 259 getrieben wurde, während sie heute zirka 76 notiren. Vor Allem hat man die Elektrizitätsindustrie „befruchtet“, und zwar hier wieder in erster Linie Siemens & Halske'sche Werke — der verstorbene Leiter der Deutschen Bank gehörte bekanntlich auch zur Familie Siemens. Endlich hat man die Hand, bald schwerer, bald leichter, auf eine große Zahl von Provinzialbankfirmen gelegt. Die Bergisch-Märkische Bank, die Barmer Handelsbank, der Schlesische Bankverein, die Deutsche Ueberseeische Bank, die Dänoversche Bank, die Oberrheinische Bank, die Deutsche Treuhänd-Gesellschaft stehen alle in den engsten Beziehungen zu dem einen deutschen Mittelpunkt. Und fast möchte man sagen: auch in der deutschen Politik habe die Bank recht zahlreiche Fittalen aufgeschlagen, im Parteileben so gut wie in der Regierungsmaschinerie. Man spricht soviel vom öffentlichen Einfluß der profitgierigen Kartelle und Unternehmerverbände, und jeder Blinde kann ihn in der That mit dem Krückstock fühlen. Vom Einfluße der Banken, die im Auslande und in den Kolonien Anlagen besitzen und denen daher die Förderung dieser Gebiete näher liegt als manches entgegenstehende Inlandsinteresse — die vorwiegend in der Handelsphäre daherkommen und die daher oft widersprechende Interessen der Produktion mißachten — von diesem Einfluß spricht man viel weniger und doch ist er vielleicht ein viel, viel wirksameres. Man braucht im Falle der Deutschen Bank nur an ein Projekt erinnern: an die Bagdadbahn. Wo ist hier die Grenze zwischen Politik und Geschäft? Wo ist hier die Politikführerin und die Bank nur Werkzeu? Wo ist das Bankinteresse ausschlaggebend und der politische Apparat wohl oder übel nur der Schrittmacher dafür?

Der Aufschwung der Bank wird am besten dadurch charakterisiert, daß das Institut im März 1870 mit 5 Millionen Thalern Grundkapital gegründet wurde, schon 1872 sein Kapital verdoppelte, Ende des gleichen Jahres nochmals um 5 Millionen Doppelte, 1881 um weitere 15 Millionen Mark erhöhte. Die nächsten Kapitalvermehrungen betragen: 15 Millionen Mark im Jahre 1898, 25 Millionen 1895/96, 50 Millionen im Jahre 1897, und zwar zur Erwerbung des Schlesischen Bankvereins und der Bergisch-Märkischen Bank, wie heute die neue Vermehrung zur Verschlingung des Duisburg-Ruhrorter Instituts dienen soll.

Dem Gerechten müssen alle Dinge, Blüthe so gut wie Kraut, zum Besten dienen!

Auch für die **Elektrizitätsindustrie** wollen die Nachrichten von bevorstehenden großen Verschmelzungen nicht verstümmen. Die kapitalschwächeren Unternehmungen sind mirbe geworden, den Kapitalharten liegt daran, einer Schleubertkonturrenz vorzubeugen und auch eine Menge todtter Kosten zu ersparen, die nur eine Folge des zerplitterten Betriebes sind. Lehrreich ist, wie sich hierüber der kürzlich erschienene Geschäftsbericht der großen Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft äußert: „Welche Mittel zu ergreifen sein werden, um unsere Industrie zu konsolidieren, haben wir wiederholt ausgesprochen. Ein ergeres Zusammenschließen der großen Firmen wird sich kaum vermeiden lassen, wenn die Verkaufspreise der Erzeugnisse wieder auf ein die Fabrikation lohnendes Niveau gebracht werden sollen. Daß aber eine Beschleunigung des Zusammenschlusses leicht zu Uebererlegungen führen könnte, scheint uns durch die Thatsache erwiesen, daß noch

Berlin. Am 24. November fand die regelmäßige Versammlung der Eisenmöbelbranche statt. Kollege Wenher sprach über die Gewerkschaften im Allgemeinen und über den Ausbau der Arbeitslosenunterstützung bei einer notwendig werdenden Beitragserhöhung. Ferner wurde über eine Verschmelzung mehrerer Gewerkschaften in einem Industrieverband debattiert, wobei zunächst die der Lederarbeiter, Portefeuliker und Sattler in Betracht kamen, da vorläufig mit der der Tapezierer durch ihre bisherige Abneigung zu uns nicht zu rechnen ist. Beschllossen wurde, unsere Versammlungen im nächsten Jahre des Mittwochs abzuhalten, und zwar die erste am 14. Januar 1903 im selben Lokal. Unter „Verschiedenes“ kam die Entlassung des Kollegen Hagner zur Sprache und wurde diese Angelegenheit dem Ortsvorstand überwiesen.

Am 9. Dezember verstarb nach mehr als vierjähriger Krankheit das Mitglied

Kollege Lust aus Nirdorf.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Berlin.

Dresden. Am 29. November wurde in einer öffentlichen Sattlerversammlung ein Vortrag über das Thema: „Der Kampf des Arbeiters um seine Existenz“ vom Genossen Koch gehalten. Zum 2. Punkt: „Gewerkschaftliches“, forderte der Vertrauensmann die Kollegen auf, mit den Beiträgen nicht so weit im Rückstand zu bleiben. Auch wurde die nächste Generalversammlung zur Sprache gebracht, und wurden Anträge zu derselben dem Agitationskomitee zur Ausarbeitung überwiesen.

Zodes-Anzeige.

Am 30. November starb nach langem Leiden unser treues Mitglied

Johann Friedrich

im Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung Elberfeld.

Hienzburg. Am Montag, den 1. Dezember, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Beim 2. Punkt der Tagesordnung legte Kollege Bindemann sein Amt als Kartelldelegierter nieder und wurde an dessen Stelle Kollege Stelling gewählt. Kollege Wagner wurde als Revisor gewählt. Zur Agitations-Konferenz, welche am 4. Januar 1903 in Kiel stattfindet, wurde auf Antrag beschlossen, einen Delegierten zu entsenden. Als Delegierter wurde Kollege Haseloff gewählt.

Salle a. S. Versammlung vom 29. November 1902. Da der Vorsitzende plötzlich erkrankt war, so mußten die Kollegen unter sich eine Tagesordnung zusammen stellen. Zunächst wurde Kollege Seidel in die vom Gewerkschaftskartell aufgestellte Herbergskommission gewählt. Beschllossen wurde auch, die Agitationskonferenz in Leipzig zu beschicken, jedoch wurde zu derselben noch kein Delegierter gewählt, da erit der Vorsitzende gehört werden soll. Der Delegierte soll außer der Fahrt mit 3,50 Mk. entschädigt werden. Auch war man der Meinung, daß es besser wäre, wenn man uns in der Zeitung unter „Wäterschau“ nur diejenigen Schriften bekannt geben würde, welche auch wirklich empfehlenswerth für uns sind, da doch der so schon geringe Raum unmöglich noch ein Lummelplatz für litterarische Meinungsverschiedenheiten sein kann. Auch wurde auf die Krankentassenversammlung hingewiesen, zu welcher die dort etwa zu wählenden Vertreter vorgeschlagen wurden, da, wenn die Organisirten auf dem Posten sind, auf jeden Fall diese Leute gewählt werden können. Außer verschiedenen anderen lokalen Angelegenheiten machte Kollege Seidel noch auf den Arbeiterbildungsverein aufmerksam, wo ein jeder Kollege je nach Veranlagung und Bedürfnis Beschäftigung und Unterhaltung finden kann.

Nürnberg. Am Sonnabend, den 29. November fand unsere ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher die Arbeitslosenunterstützung zur Diskussion stand. Die meisten Redner, Anärer, Vogelhuber, Haugenstein, Schüb, Sterstorfer und Wagner sprachen dagegen, nur zwei Mitglieder, Voigt und Kiffelmacher, sprachen dafür. Aus ihren Ausführungen ging hervor, daß es für Jeden, der arbeitslos wird, gut wäre, wenn er dann Unterstützung beträme. Auch glauben dieselben die Mitglieder dadurch mehr an den Verband zu fesseln und denselben dadurch zu stärken und zu heben. Sie bedauerten, heute nicht genügend Material zu besitzen, um darüber ausführlich zu referieren, versprachen aber, in einer der nächsten Versammlungen gerüsteter zu erscheinen. Außerdem bedauerte Kollege Voigt, daß

anfangs lauter Gegner referirt hätten, was unpassend sei. Von den Gegnern wurde diese Ansicht zurückgewiesen und betont, daß die Befürworter der Unterstüzung der Gegnern dankbar sein sollten, denn sie haben ihnen die Arbeit insofern erleichtert, daß sie sich nur die Mühe nehmen dürfen, die Ausführungen der Gegner zu widerlegen. Sämmtliche Ausführungen der Gegner gipfelten darin, daß zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Zeit der Krisis die ungeeignetste sei. Bei den jetzigen Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen sei es unmöglich, mehr zu zahlen, man habe gewerkschaftlich und politisch so wie so immer mehr Anforderungen zu genügen. Außerdem sei mit 85 Pf. Beitrag nichts geholfen; denn ziehen wir in Betracht, daß man einen Verbandsbeamten anstellen und sonstige Verbesserungen durchführen will, so müßten wir bei dem finanziell schlechten Stand unserer Kasse einen Wochenbeitrag von mindestens 40 - 45 Pf. ansetzen. Die Gegner wiesen auch auf die Statistik in Nr. 20 unserer Zeitung, die Arbeitslosenunterstützung in den Verbänden betreffend, hin. So zahlen z. B. die Bildhauer bei 65 Pf. Beitrag 1 Mk., die Buchdrucker bei 1,10 Mk. Beitrag 1,25 - 1,50 Mk., allerdings für 75 Wochen. Wir wissen, daß sehr viele Verbände mit Defizit gearbeitet haben, und dazu finanziell gut gestellte Verbände. Außerdem haben diese in der Zeit der Prosperität die Unterstüzung eingeführt und wir wollen in der Zeit der Krisis, wir, die wir mit den meisten Saison- und Branchen-Sattlern zu rechnen haben, eine Arbeitslosenunterstützung einführen. Das hieße doch einen Sprung ins Dunkle machen, welchen die Nürnberger vorerst mitzumachen nicht gewillt sind. Wir Nürnberger sind der Meinung, in der Zeit des Aufschwunges, wo die Gehilfen etwas verdienen, werden sie gern dieses Opfer bringen, für jetzt aber trifft es manchen zu schwer. Es ist aber auch noch zu bedenken, welche Erfahrungen man schon in anderen Sachen gemacht hat, z. B. in den Krankentassen, wo viele Mitglieder lange Zeit im Rückstande blieben und zuguterletzt ausgeschlossen wurden. Wenn Kollegen nicht an die Krankentassen zu fesseln sind, so werden sie sich noch weniger an den Verband fesseln lassen trotz Arbeitslosenunterstützung. Es würde zu weit führen, alle Ausführungen wieder zu geben. Wir wollen den Raum unseres Blattes schonen, umso mehr, da ja einige Kollegen selbst im Blatte noch vor der Generalversammlung den Raum desselben in Anspruch nehmen werden.

Änderungen des Adressen-Verzeichnisses.

Dresden. Reis-Unterstützung bei Max Hils, Leipzigerstr. 9, pt. (12-17-8.) V.
Stadt Bran. Schwig. Leipzigerstr. 60, IV.
Leipzig. B. Max Schuster, Eisenstr. 60, IV.
Berlin. B. Adolf Bohns, Melstr. 28, IV.
Berlin. B. Albert Demie, Kaufherrstr. 6, Quergeb. IV.
Hann. B. Ernst Kemhardt, Bernheime Str. 138.
Merrano. B. R. Pader, Auguste 2. K. Max Herrmann, Wiesenhalde. 18.

Anzeigen.

Die Zeitschrift wird mit 30 Pfg. berechnet. Der Rabatt beträgt bei dreimaliger Aufnahme 10 pCt., sechsomaliger 20 pCt., zwölfoomaliger 33 1/3 pCt. und Jahreslieferung 50 pCt. Die Aufnahme der Anzeigen erfolgt erst nach Einreichung des Betrages.

Verband der Sattler. Ortsverwaltung Berlin.

Bureau Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30. Fernspr.: Amt 7, Nr. 1569.

Freitag, den 26. Dezember 1902 (2. Feiertag):

Weihnachts-Vergnügen
in den oberen Sälen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Großes Konzert. Auftreten des Berliner Alt-Trios.

Tanz.

Herrn, die daran theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Eröffnung 5 Uhr. Anfang 1/2 6 Uhr. Entrée 30 Pf.

Spezialwerkzeuge für Sattler und Tapezierer

kauft man am besten bei **Prinz. Führ, Gew.-Pohschwitz**. Preislisten gratis und franko. Für gutes Werkzeug wird Garantie geleistet. Neuer Hammerstiel mit Borte Mk. 1,50.

Verkaufe sofort mein alt eingeführtes

Sattlergeschäft

mit Grundstüd in großem reichen Dorfe b. Erfurt, Bahnstation. Preis mit Inventar nur 18 000 Mk., Anzahlung 5000 Mk., **Miete 350 Mk.** Für junge Anfänger günstige Gelegenheit. Off. u. **B. W. 100** an Rudolf Mosse, Erfurt.

Verlag von Joh. Cassenbach, Berlin 16.

Sanke, Ueber die Grenzen des Nationalismus und Internationalismus . . . 15 Pfg.
Reins, Wählen oder Nichtwählen? . . . 15
Boersch, Woran krankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung . . . 15
Kotter, Der Industriestaat und die arbeitenden Klassen . . . 15

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Cassenbach, Berlin, Engel-Ufer 15.
Druck: Maurer & Dimmig, Berlin S., Sülzen-Ufer 11.